

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

EUROPÄISCHES PARLAMENT  
- Petitionsausschuß -  
Vorsitzende, Frau Cecilia Wikström  
rue Wiertz  
B - 1049 Brüssel  
BELGIEN

Eichwalde, den 2. August 2016

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom 7. Februar 2016 (E-Mail)

Ihr Zeichen 1077756DE.doc (77KB), Mitt. an die Mitgliederr m.Anl.

Schreiben der Europ. Kommission v. 30.10.2015 \*

Mein Schreiben vom 10. Juli 2016, 27. u. 18. Juni 2016 und vom  
7. Januar 2016 mit Anlagen vom 4., 5. und 6. Januar 2016 sowie  
Schreiben vom 28. August 2015 und 12. März 2014

\*) PE571vo1-00

P e t i t i o n N r. 1 0 0 2 / 2 0 0 4,  
EU-Beihilfeverfahren SA.36263 ( 2013 / CP ) und  
EU-Beihilfeverfahren SA.35378 ( 2012 / N ) für den  
Flughafen Berlin-Brandenburg ( BER );  
N a c h t r a g z u a k t u e l l e n R e c h t s v e r s t ö ß e n  
g e g e n E U - R e c h t m i t w e t t b e w e r b s r e c h t l i c h e r R e l e v a n z

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

1. Bisherige Einschätzungen, beim BER-Projekt könne es gar nicht mehr chaotischer zugehen, als bisher schon, wurden leider abermals durch das Handeln von BER-Verantwortlichen widerlegt - Ursache meines erneuten Herantretens an die europäischen Gremien!

2. Ich gestatte mir deshalb, Ihnen anliegend folgende Schreiben an die Europäische Kommission zuzusenden:

- Schreiben vom 19. Juli 2016 ( Anl. XIX-1 )

- Schreiben vom 25. Juli 2016 ( Anl. XIX-2 ) und

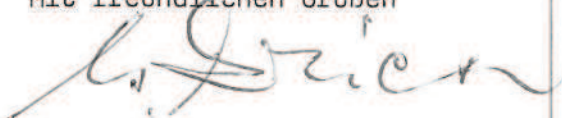
- Schreiben vom 31. Juli 2016 ( Anl. XIX-3 ).

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren  
zu zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,  
Elektro-Apparate-Werk Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,  
Fachschule für Schweißmaschinenbau und  
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnologie,  
Humboldt-Universität zu Berlin, Sect. Elektrotechnik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor  
mit Untersuchungen zur Systemfunktionslehre  
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von  
heuristischen, Simulations- und algorithmischen  
Programmen
- 1972, 1974 Fächerspezifischer und Humboldtpreisträger  
der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dokent für Mathematik, Physik  
und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Berater juristischer  
Gesetzgebungen im DEUTSCHEN RECHTSLEBEN (DR)
- 1954 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen  
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des  
Landesparlamentes Cottbus
- 1953-75 Selbstständiger Konstrukteur  
1973-91 Ingenieur für emodoktrationsbegleitende  
Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitungsver
- im 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Produktivitätsverluste"  
mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter  
Mißabwägungen für Typen, Sorten und Chargen  
für Duroplast-Kunststoffteile, KASSE DR KAMISOLIK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der  
Volkswirtschaft gegen das Sinken des  
wissenschaftlich-technischen Niveaus zum  
Ausweichen Plastikverarbeitung  
(Verhinderung der Einführung des sozioökonomischen  
Gesetzgebungs- und Passagesystems zugunsten  
der Einführung des internationalen  
ISA/ISO-Toleranz- und Passagesystems
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe  
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik  
in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin  
(Teill: Bearbeitung erforderlicher Aufgaben  
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,  
Vollz: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan,  
Kosten-Nutzen-Analyse)  
mit dem Co-Autoren  
Dr. Wilfried Schaeff, Zentrallaboratorien für  
Plastverarbeitung Leipzig und  
Dipl.-Phys. Dieter von Strömmer, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz  
(statist. Methode) zu statistischer Toleranz  
(wert-Once-Methode) für Maßsetzen zur Erzielung  
von Fertigungskostenreduzierung durch größere  
Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- im 1970 Ermittlung der Parameter des Fertigungsprozesses  
von Duroplastformteilen aus Ausmaß-Blüßigkeit-  
Verteilungen, Erklärungsvertrag der Statistiken  
Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen  
Fertigungsgruppen HAST/Prüfung der Essener der Technik, Dresden
- im 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Mißverhältnisses  
der Sozialstruktur im Rahmen des Produktivitätsverlustes,  
Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der  
Volkswirtschaft gegen das Sinken des  
wissenschaftlich-technischen Niveaus  
(Verhinderung der Einführung der sozioökonomischen  
Zweckmäßigkeitsschranken in der Welt-, Staat- und  
Regelungsstruktur)
- 1993 Dissertationskürzefassung in FERNRECHT/RECHT  
29(1993) S.4 S.182
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft  
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft  
mit demnach Schluß über DIESES FERN in  
Zentralen Bundes Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer  
(Spekulations-Steuer) und eines neuen  
Bretton-Woods-Abkommens (fests Wechselkurs)  
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages  
zur Beendigung von Globalisierungsspielen  
noch vor der ERM-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes  
(BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den  
Betrieb zur ERM-Zone an die Bundesregierung und  
an die Landesregierung Brandenburg
- 2003-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen  
für die Beendigung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-  
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Interparlamentarischen  
Flughafen Berlin Brandenburg International (IFB)  
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Verträge,  
Vorschläge, Ausarbeitungen und Prozess-Informationen  
und -Beiträgen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR  
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND  
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative  
NOTWEHR Anlieger BER  
in enger Zusammenarbeit mit der  
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>  
sowie [www.eichwalde.com](http://www.eichwalde.com) und [www.wbb-ev.de](http://www.wbb-ev.de))
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der  
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE  
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE  
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

3. Diese Schreiben belegen u.a. bezüglich der BER-Projekt-Verantwortlichen
  - die Umgehung selbst der unterhalb des EU-Niveaus liegenden deutschen Vorschriften zur Umweltverträglichkeitsprüfung;
  - Versuche aktueller Prüfverfahrens-Beeinflussung zum Unterlaufen gegebener Erfordernisse und Vorschriften, gerichtet an die zuständige Baubehörde LDS über das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) bis hin zur Europäischen Kommission;
  - die Festlegung von Flugrouten unter Mißachtung der Flora-Fauna-Habitat-Vorschriften der EU;
  - die Unerreichbarkeit der BER-Gewinnzone auch infolge eines Nutzungskonzeptes wegen eines geplanten Luxus-Flughafens für Billigflieger;
  - die rechtswidrige Umdeutung bisheriger Beihilfeanträge in "Negativ-Attest-Beantragungen" trotz erforderlichem völligen Neubeginn der Schallschutzmaßnahmen nach dem aktuellen OVG-Urteil zum Erfordernis von Lüftungskonzepten gem. DIN-Vorschriften;
4. Unsererseits wurden durch die Petition der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaftsges. mbB an die EU-Kommission zwei weitere Beihilfeanträge in Erfahrung gebracht, zu welchen wir die Europäische Kommission um Aufklärung bitten mußten.
5. Mit der **Leugnung der Existenz von Beihilfeanträgen** seitens der Landesregierung selbst gegenüber dem Landtag Brandenburg ( **Anl. XIV-4** ) hat sich die Landesregierung noch unglaubwürdiger gemacht, als dies bisher schon der Fall war, und es ist zu hoffen, daß die Europäische Kommission dem energisch entgegentritt, um nicht selbst an Ansehen und Glaubwürdigkeit zu verlieren.
6. Für unsere Region ist aufgrund geschilderter unfreiwilliger Co-Finanzierung des BER-Projektes durch überhöhte Versorgungsbeiträge gem. Anl.XVIII-4 zum Schreiben vom 25.Juli 2016 an die Europäische Kommission das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam ( vgl. **Anl.XIX-5** und **Anl. XIX-6** und **Anl. XIX-7** ) von Bedeutung, weil es unseren Abwasserverband MAWV u.E. in den Zugzwang versetzt, bezüglich der Flughafengesellschaft FBB GmbH zu Wasseranschlußbeiträgen den Erhalt von deren ungerichtfertigten Vergünstigungen zuzugeben und deshalb von der Landesregierung Zustimmung und ggf. Unterstützung bei der Rückzahlung der Beiträge **an alle Altanschließer zu fordern.**

7. Diese Forderung wird nunmehr auch seitens der Wirtschaft unterstützt, weil bereits Schäden eingetreten und noch weit höhere erwartet werden, wenn die Landesregierung weiterhin nicht ihren Pflichten nach dem Verursacherprinzip nachkommt ( vgl. Anl. XIX-6 und Anl. XIX-7 ).
8. Vorstehende Ausführungen kennzeichnen in ihrer Gesamtheit die derzeitige rechtsstaatliche Situation als vielfach zum Schaden der Gesellschaft verletzt.
9. Da die Landesregierung bisher auch ihren verkehrsspezifischen Vorsorgepflichten zur Sicherung des derzeitigen Berliner Flughafensystems bei erwartbarer Insolvenz der Flughafengesellschaft FBB GmbH noch nicht nachkam, weil sie vielfältigen dementsprechenden Warnungen, verbunden mit dem Ratschlag des Gesellschafts-Splittings in eine SXF-TXL-Betriebsgesellschaft und eine BER-Projektgesellschaft, mißachtete, haben wir uns diesbezüglich an die Europäische Kommission gewandt, um Auflagen dieser Art anzuregen, denn eine völlige Abkopplung des Berliner Raumes vom Flugverkehr dürfte in keinerlei Interesse liegen, weil weitre wirtschaftliche Folgen einträten, welche wirtschaftsschädlich wären.
10. Da wir bisher von den europäischen Institutionen zum gen. aktuellen Beihilfeverfahren SA.36263 (2013/CP) noch keinerlei Entscheidungshinweise erhielten, sondern bisher nur zur Forderung der Rückabwicklung der Beihilfe gem. dem diesen vorangegangenen Beihilfeverfahren SA.35378(2012/N), und uns die Situation als finanziell bedenklich erscheint, bitten wir um eine möglichst schnelle Beendigung des "vorläufigen Prüfverfahrens" durch Beihilfeablehnung, sofern dies rechtlich möglich ist, d.h. ohne vorherige Einleitung eines "Hauptprüfverfahrens", und dies unter Auflage zur Sicherung der Erhaltung des derzeitigen Berliner Flughafensystems unter Sicherung des erforderlichen Schallschutzes, d.h. auch unter Aufhebung der "Lex Tegel", welche bisher solchen verhinderte.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,  
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

## A n l a g e n v e r z e i c h n i s

- Anl. XIX-1 Schreiben vom 19.Juli 2016 an die EU-Kommission
- Anl. XIX-2 Schreiben vom 25.Juli 2016 an die EU-Kommission
- Anl. XIX-3 Schreiben vom 31.Juli 2016 an die EU-Kommission
- Anl. XIX-4 Landtag Brandenburg, 6. Wahlperiode,  
Kleine Anfrage des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB/Freie Wähler Gruppe an die Landesregierung  
"2,2 Mrd. Euro Finanzloch am BER - EU-Notifizie-  
rungsverfahren ? Was ist die Wahrheit ? "  
vom 29.Juli 2016
- Anl. XIX-5 Pressebeitrag "Die Altanschießer von Lüdersdorf  
erhalten ihr Geld zurück. Verwaltungsgericht  
Potsdam gibt Klägern recht - Wasserverband Lud-  
wigsfelde will Erstattung in den nächsten Mona-  
ten abwickeln"  
MAZ 26.Juli 2016, S.7
- Anl. XIX-6 Pressebeitrag "Nach Altanschießer-Urteil:  
Tiefbau fürchtet Auftragseinbruch. Wasserverbände  
halten sich mit Investitionen zurück - Indu-  
strie sieht Land in der Pflicht",  
MAZ 2.August 2016, S.1
- Anl. XIX-7 Pressebeitrag "Klamme Wasserverbände. Das Land  
muß helfen",  
MAZ 2.August 2016, S.2

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christoph Schulze

BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **2,2 Mrd. Euro Finanzloch am BER - EU-Notifizierungsverfahren? Was ist die Wahrheit?**

Bereits im Jahr 2012 wurden 1,2 Mrd. Euro an öffentlichen Beihilfen für den BER mit Hilfe eines EU-Notifizierungsverfahrens über einen so genannten „Private Investor Test“ freigegeben. Damals hieß es, es handele sich hierbei um einen einmaligen Vorgang und mit den 1,2 Mrd. Euro könne der Flughafen BER fertig gestellt werden.

Nun hat sich nach den Landtagswahlen im Herbst 2014 ein neues Finanzloch am BER aufgetan, was Insider nicht überrascht hat. Ursprünglich hieß es auch hier wieder über mindestens ein Jahr, dass auch hier erneut ein EU-Notifizierungsverfahren angestoßen worden sei und erforderlich sei um weitere öffentliche Beihilfen der Gesellschafter für den BER freigegeben zu können.

Nun behaupten jedoch Herr Sts. Bretschneider (Flughafenkoordinator der Landesregierung) und Herr Finanzminister Görke in der Sitzung des Sonderausschusses BER (SBER) am 18.07.2016 (vgl. Antrag auf Wortprotokoll) plötzlich, es sei nur noch von einem Negativattest die Rede, das bei der EU beantragt worden sei und auch nur erforderlich sei. Herr Bretschneider führte sogar aus, dass er den Sonderausschuss schon immer darüber informiert habe, dass es um ein Negativattest gehe und dass es sich ja gar nicht um öffentliche Beihilfen handele.

Die Protokolle der letzten Sitzungen des SBER sprechen da jedoch durchgehend eine ganz andere Sprache. Dort wurde in allen Sitzungen durchgängig und unwidersprochen auch von den Herren Bretschneider und Görke der eindeutige Begriff „EU-Notifizierungsverfahren“ gebraucht. Über ein „Negativattest“ wurde nie zuvor gesprochen oder gar informiert. Siehe auch:

1. Protokoll SBER 6/11: S. 6 oben, 7 Mitte, 9 oberes Drittel.
2. Protokoll SBER 6/12: S. 5 oben, 11 Mitte, 12 oben.
3. Protokoll SBER 6/13: S. 6 Mitte, 7 Mitte, 7 unten, 9 oberes Drittel, 9 unteres Drittel, 12 unteres Drittel sowie Präsentation der FBB GmbH, Folie 19
4. Protokoll SBER 6/14: S. 17 oberes Drittel, 17 unten, 18 unten (2X), 20 Mitte.

Aus dem EU-Notifizierungsverfahren wurde nun plötzlich das Negativattest.

Anl. XIX-4

Die Herren Bretschneider und Görke haben im SBER am 18.07.2016 bestritten, dass es überhaupt ein EU-Notifizierungsverfahren gäbe. Herr Bretschneider hat dies wortwörtlich geäußert: Es habe kein EU-Notifizierungsverfahren gegeben. Christoph Schulze hat ihm daraufhin widersprochen, was eine Wiederholung der Leugnung eines EU-Notifizierungsverfahrens nach sich zog. Dies wirft Fragen auf:

**Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:**

1. Trifft es zu dass die Vertreter der Landesregierung, des Aufsichtsrats oder der Gesellschafterversammlung der FBB GmbH im SBER im Rahmen von neuen Finanzausschüssen von einem „EU-Notifizierungsverfahren“ gesprochen haben?
2. Weshalb bestreiten Vertreter der Landesregierung und Vertreter im Aufsichtsrat der FBB GmbH in der Sitzung des SBER am 18.07.16 widerlegbar, dass sie den Landtag und seine Ausschüsse vormals mehrfach über ein EU-Notifizierungsverfahren informiert haben?
3. Wie zutreffend, glaubwürdig und wahrheitsgemäß sind die Aussagen von Vertretern der Landesregierung, des Aufsichtsrats oder der Gesellschafterversammlung der FBB GmbH im Landtag Brandenburg, im SBER, wenn getätigte Äußerungen im Nachhinein (widerlegbar) bestritten werden?
4. Ist der SBER, der Landtag und die Öffentlichkeit immer sachgerecht und wahrheitsgemäß informiert worden?

Christoph Schulze, 29.07.16

BVB / FREIE WÄHLER Gruppe